

News

Oberaufsicht über Schuldbetreibung und Konkurs neu beim Bundesrat

Mit der Änderung der Aufgabenteilung zwischen Bundesrat und Bundesgericht liegt die Oberaufsicht über in Schuldbetreibungs- und Konkursachen neu beim Bundesrat. Als zuständige Behörde wird das Bundesamt für Justiz bezeichnet. Die entsprechende Dienststelle kann selbständig Weisungen, Kreisschreiben und Empfehlungen an die kantonale Aufsichtsbehörden, die Betreibungs- und Konkursämter und die ausseramtlichen Vollstreckungsorgane zur korrekten und einheitlich Anwendung des SchkG erlassen. Im Weiteren erstellt sie Mustervorlagen für die, in den Betreibungs- und Konkursverfahren zu verwendeten, Formulare und nimmt die Inspektion der kantonalen Aufsichtsbehörden, der Betreibungs- und Konkursämter und der ausseramtlichen Vollstreckungsorgane wahr.

Die kantonalen Aufsichtsbehörden haben dem Bundesamt für Justiz mindestens alle zwei Jahre Bericht zu erstatten über die Inspektionen, die Tätigkeiten bei den unteren und oberen Aufsichtsbehörde samt den statistischen Daten sowie über Disziplinarverfahren, Weisungen an die Ämter und Schwierigkeiten bei der Gesetzesanwendung.

Neu geschaffen wird eine Fachgruppe für Schuldbetreibungs- und Konkurs, welche das Bundesamt für Justiz in der Ausübung der Oberaufsicht berät. Diese Beratung umfasst namentlich Fragen der Rechtssetzung und der Rechtsanwendung. Die Mitglieder werden durch das Bundesamt für Justiz ernannt, wobei auf ausgewogene Besetzung zu achten ist. Diese neue Regelung tritt ab dem ersten Januar 2007 in Kraft.

Damit soll nun sichergestellt werden, dass es zu einer einheitlichen Rechtssetzung, wie auch Rechtsanwendung kommen wird. Ob die Schaffung dieser neuen Kompetenz sowie der entsprechenden Fachgruppe zur, durch den Gesetzgeber beim Erlass des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes angestrebten, Vereinfachung kommen wird, bleibt abzuwarten.